

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Sitzungstermin: Donnerstag, 09.03.2017
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Pohlmann, Marianne

SPD-Fraktion

Gosciniak, Heinz
Meinen, Regina
Winter, Maria

(ab 17:30 Uhr)
für Heinz Gosciniak (bis 17:30 Uhr)
für Gregor Strelow

GfE-Fraktion

Hencke, Knut
Kruse, Doris

CDU-Fraktion

Buischer, Herbert
Verlee, Gerold

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Claaßen, Jens

FDP-Fraktion

Eilers, Hillgriet

(bis 19:30 Uhr)

Beratende Mitglieder

Acker, Karl
Narewski, Friedrich
Wildeboer, Habbo
Züchner, Christian

Vertreter des Stadtteilbeirates Barenburg
Vertreter des Seniorenbeirates
für Stefan Rölling
Vertreter des Beirates für Menschen mit Teil-
habeeinschränkungen

von der Verwaltung

Kinzel, Rainer
Fresemann, Hartmut
Ruf, Simon

Vortragende Gäste:

Herr Rachner, VEJ
Herr Poppenga, SWE
Herr Brede, SWE
Herr Prof. Dr. Michalzik, GeoDienste

Protokollführung

Möller, Vincent

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Pohlmann begrüßt die Anwesenden und die Gäste Herren Rachner, Michalzik, Brede und Poppenga und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Pohlmann schlägt vor, dass nach den Gepflogenheiten des Ausschusses externe Gäste nicht so lange warten müssen und daher die TOPs 10 und 11 voranzustellen sind.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit der Änderung, dass TOP 10 und TOP 11 zuerst behandelt werden, festgestellt

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NkomVG

Herr Narewski wird als Mitglied des Seniorenbeirates gemäß § 54 (3) NkomVG von Frau Pohlmann verpflichtet.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 26.01.2017

Beschluss:

Die Niederschrift wird wie vorgelegt genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Heuermann hat eine Frage zu dem TOP 9, Änderung des Bebauungsplans D 47 A. In der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde festgestellt, dass die Zahlen von GRZ und GFZ vertauscht waren. Die Frage ist, ob dadurch nicht der Bebauungsplan nach der Überarbeitung neu ausgelegt werden muss.

Herr Kinzel verweist darauf, dass es sich dabei um einen redaktionellen Fehler gehalten habe, der berichtigt wurde, und daher eine Neuauslegung des Bebauungsplans nicht notwendig sei.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 6 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes Widdelswehrster Hammrich
Vorlage: 17/0212

Herr Kinzel erläutert die Vorlage. Der Emdener Offroad Club e.V. plant eine Motorsportanlage an der A31. Die Gespräche dazu wurden bereits seit 2012 geführt und nun soll die Entscheidung darüber getroffen werden, ob ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Errichtung einer Motorsportanlage würde weiterhin eine Änderung des Flächennutzungsplans notwendig machen, sowie eine Prüfung von Alternativstandorten, den Immissions- und Naturschutz sowie weitere Gutachten. Die Kosten dafür müsste der Investor tragen sowie das Risiko, dass das Vorhaben nicht verwirklicht werden kann.

Frau Winter berichtet, dass das Vorhaben innerhalb der Fraktion diskutiert wurde und grundsätzlich positiv gesehen werde. Insofern alle rechtlich vorgesehenen Verfahren durchgeführt werden, würde man der Vorlage zustimmen.

Herr Buisker weist darauf hin, dass der Vorsitzende des Emdener Offroad Club e.V. auch anwesend sei und man ihn direkt zu dem Antrag befragen könne. Zudem erklärt Herr Buisker, dass er nicht abstimmen werde aufgrund von persönlicher Betroffenheit.

Herr Claaßen bemerkt, dass seine Fraktion das Thema nicht „mit Herzblut“ verfolgen würde, man sich aber einer Prüfung des Vorhabens nicht verschließen würde und daher auch positiv abstimmen würde.

Herr Hencke schließt sich seinen Vorrednern an und würde auch der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Verlee betont, dass die CDU grundsätzlich begrüße, wenn etwas Neues für Emden entstehen würde insbesondere, wenn dies im Einvernehmen mit den anwohnenden Bürgern geschehe.

Frau Eilers weist darauf hin, dass ihres Wissens noch kein Einvernehmen mit den Anwohnern vom Uphuser Meer getroffen sei, sondern dies erst im Laufe des Verfahrens herzustellen sei. Da dies unter anderem eine Voraussetzung für die Realisierung der Motorsportanlage sei, könne man der Beschlussvorlage zustimmen. Wichtig sei, die Angelegenheit in aller Ausführlichkeit zu prüfen.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Beschluss:

Das Bebauungs- und Flächennutzungsplanverfahren zum Betrieb und Errichtung einer Motorsportanlage an der A 31 wird eingeleitet.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

TOP 7 Bebauungsplan D 6, 3. Änderung, III. Abschnitt (Stadtteil Larrelt, Grundstück südlich der Larrelter Straße, nördlich des Dollartcenters und westlich des Baumarktes der OBI GmbH & Co. Deutschland KG);
B-Plan der Innenentwicklung, beschleunigtes Verfahren gem. 13a BauGB – Beschluss über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 13a BauGB (Stadium II).
Vorlage: 17/0222

Herr Kinzel erläutert die Vorlage und begründet, warum die dritte Änderung des Bebauungsplans notwendig ist. Ursprünglich war für die Fläche ein Fachmarkt mit 1000m² Verkaufsfläche vorgesehen und ein Möbeldiscountmarkt mit 4000m² Verkaufsfläche. Diese Planung von 2012 wurde so nicht realisiert. Nun beabsichtigt der Möbeldiscountmarkt die Verkaufsfläche auf 6000m² zu vergrößern, was die Änderung des Bebauungsplans ermöglichen soll. Der Aufstellungsbeschluss wurde bereits am 13.06.2016 vom Verwaltungsausschuss gefasst, sodass an dieser Stelle über den nächsten Schritt im Verfahren: der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der Träger öffentlicher Belange zu entscheiden sei.

Herr Buisker merkt an, dass es angesichts des Umfangs der Unterlagen zeitlich schwierig war, diese ausführlich innerhalb der Fraktion zu diskutieren. Inhaltlich würde man einen Konflikt zwischen der Revitalisierung der Kaufhalle/dem Innenstadthandel und der Ausweitung der Fläche für zentrenrelevante Sortimente sehen.

Frau Kruse schließt sich diesen Bedenken an.

Frau Winter, Frau Eilers und Herr Claassen würden für ihre Fraktionen diesem nächsten Planungsschritt zustimmen wollen.

Herr Kinzel weist abschließend darauf hin, dass die Einzelhandelsverträglichkeit des Vorhabens durch ein Gutachten abgeklärt wurde. Darüber hinaus sei das Segment Möbeldiscounter in Emden schon lange unterrepräsentiert

Beschluss:

Der Entwurf des Bebauungsplans D 6, 3. Änderung, III. Abschnitt, „Stadtteil Larrelt, südlich der Larrelter Straße“ wird gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Die Beteiligung der Behörden gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB wird parallel durchgeführt (Stadium II).

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

TOP 8 Bebauungsplan A 34 „Große Straße / Ringstraße“ gemäß § 13 a BauGB;
- Aufstellungsbeschluss;
- Verkürzte Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
Vorlage: 17/0231

Herr Kinzel stellt die Pläne des Investors für die Fläche vor, die eine Wohn- und Mischnutzung vorsehen. Um eine ausreichende Zahl von Stellplätzen zu schaffen, müsste der Baumbestand an der Großen Straße reduziert werden.

Frau Winter, Herr Verlee und Frau Kruse begrüßen, dass der Bereich entwickelt werde, auch wenn es schade um die Bäume sei, könne man verstehen, dass der Investor die Parkplätze benötige. Sie würden der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Claaßen stellt die Frage, warum man die Parkplätze benötigen würde, zumal in unmittelbarer Nähe sich ein großes Parkhaus befinden würde.

Herr Wildeboer weist darauf hin, dass sich auf dem Gelände wesentlich mehr als die bisher diskutierten sieben Platanen befinden würden, sodass davon auszugehen ist, dass im Rahmen der Bebauung weitere Bäume weichen müssen.

Herr Züchner merkt an, dass in Emden ein großer Mangel an barrierefreiem Wohnen vorherrsche und fragt daher, ob diese im Rahmen des Projektes vorgesehen seien.

Lt. **Herrn Kinzel** sind die Parkplätze braurechtlich notwendig. Darüber hinaus erläutert er, dass der Investor die Emden Bau und Boden GmbH sei und man die Anregungen bezüglich des Baumbestandes gerne weitergeben würde. Die Mischnutzung sei keine Konkurrenz zum Einzelhandel in der Innenstadt, sondern dort seien z. B. Bäcker inklusive einem kleinen Café möglich.

Den Hinweis zur Barrierefreiheit würde man gerne ebenfalls weitergeben, aber der Investor sei eh gesetzlich verpflichtet vier Wohnungen, also ein Stockwerk, barrierefrei zu gestalten.

Herr Hencke fragt, warum keine Tiefgarage in Betracht gezogen wird, weil das Parken im Innenhof doch auch die späteren Anwohner stören würde.

Herr Ruf ergänzt, dass eine Tiefgarage mit deutlich höheren Kosten verbunden sei.

Frau Eilers verlässt um 19:30 Uhr nach der Abstimmung die Sitzung.

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan A 34 „Große Straße / Ringstraße“, wird gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) im beschleunigten Verfahren aufgestellt.
2. Der Geltungsbereich wird, wie in der Begründung dargelegt und in der Anlage 1 zeichnerisch eindeutig abgegrenzt, beschlossen.
3. Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung wird für die Dauer von 3 Wochen gem.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

§ 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB öffentlich ausgelegt, gem. § 4a Abs. 2 BauGB wird zeitgleich die Behördenbeteiligung durchgeführt.

4. Mit dem Baumbestand an der Großen Straße wird wie im Bebauungsplanentwurf vorgeschlagen verfahren.

Ergebnis: einstimmig

- TOP 9 2. Änderung des Bebauungsplans D 47 A (Barenburg, Fuchsgang), B-Plan der Innenentwicklung, beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB;
- Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen;
- Satzungsbeschluss (Stadium III)
Vorlage: 17/0232

Herr Kinzel stellt die Beschlussvorlage vor und geht dabei auf die Fragen von Herrn Heuermann (TOP 5) gesondert ein. Tatsächlich seien die Zahlen von Geschossflächenzahl und Grundflächenzahl in dem Bebauungsplan vertauscht gewesen. Dies habe man behoben – an dem Inhalt des Bebauungsplans habe es aber keine Fehler gegeben.

Beschluss:

1. Der Behandlung der Stellungnahmen nach § 13 (2) BauGB aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wird gemäß der Anlage 1 zugestimmt.
2. Der Bebauungsplan D 47 A 2. Änderung (Barenburg, Fuchsgang) mit Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

- TOP 10 Tiefengeothermie zur Wärme- und Stromversorgung in „Emden-Barenburg“
Vorlage: 17/0180

Prof. Dr. Michalzick von der GeoDienste GmbH stellt die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zum Thema Tiefengeothermie in Emden vor, die 2016 fertiggestellt wurde. Dabei wurden zwei Szenarien entwickelt: eine kleine Lösung mit der Kapazität von 4,2 MWh und eine größere mit 32MWh. Unsicher ist noch, ob in den tiefen Schichten Wasser verfügbar sei. Ansonsten sind alle Risiken, die in der Studie angegeben wurden, rein finanzieller Natur. Begonnen werde in der Region der Ems Achse mit weiteren Maßnahmen in Emsdetten, so dass das Emdener Projekt von diesen weiteren Erkenntnissen profitieren werde.

Herr Buisker erkundigt sich danach, wann eine Tiefengeothermie-Anlage wirtschaftlich betrieben werden kann.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Prof. Dr. Michalzick berichtet, dass bei so einem Projekt natürlich sehr hohe Anfangsinvestitionen notwendig seien. Über einen Zeitraum von 30 Jahren läge die Durchschnittsrendite bei der kleineren Variante bei 2% und bei der größeren um die 8%.

Frau Meinen fragt nach, welchen Durchmesser die Rohre in der Tiefe hätten.

Herr Prof. Dr. Michalzick erläutert, dass die Durchmesser unterschiedlich seien zwischen 30 Zoll und 5 bis 7 Zoll Enddurchmesser.

Herr Prof. Dr. Michalzick führt aus, dass es auch angesichts niedriger Renditen potentielle Investoren geben würde, wie zum Beispiel ein Zusammenschluss kommunaler Energieversorger, auch weil solche Projekte in deren inhaltliche Ausrichtung passen würde. Zudem würde man versuchen eine Anschubfinanzierung durch öffentliche Mittel, wie das EU Programm Horizon2020, zu bekommen. Die Bohrung selbst würde ungefähr 6 Monate dauern pro Loch (es sind zwei Löcher notwendig) und die Bodenplatte hätte einen Durchmesser von rund 50m. Das würde später auch für den Betrieb der Anlage genügen.

Die Powerpoint-Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 11 Bericht über die Förderung landesweiter Schnellbuslinien
-Antrag der FDP-Fraktion vom 02.02.2017
Vorlage: 17/0215

Frau Eilers führt kurz in die Thematik ein. Das Land Niedersachsen fördert so genannte Schnellbuslinien. Der Vortrag dient zur Information, damit der Rat sich ein Bild darüber verschaffen kann, ob diese Option für Emden interessant ist.

Herr Rachner stellt in einem das Förderprogramm zu landesweiten Schnellbuslinien vor. Diese dürfen nicht parallel zu bestehendem Schienenverkehr entstehen und sind mit einer Reihe von Qualitätsanforderungen verbunden (zum Beispiel eine stündliche Taktung, W-Lan verfügbar, Betrieb von 6:00 bis 23:00 Uhr). Auffällig ist an dem Programm, dass es eher auf die Möglichkeiten und Voraussetzungen von Großstädten ausgerichtet ist und für die VEJ so nicht in Frage käme.

Frau Eilers begrüßt, dass man diese Optionen so ernsthaft auf der Seite des VEJ prüfe. Gleichzeitig wäre die angeforderte stündliche Taktung problematisch. Für Emden sei vor allem die Verbindung nach Hinte und Georgsheil von Bedeutung.

Herr Rachner erwidert, dass hier schon die erste Schwierigkeit des Förderprogramms zu Tage treten würde. Aufgrund der Anforderung an die mindest-Durchschnittsgeschwindigkeit der Schnellbuslinien würde man das nur schaffen, indem man die Anzahl der Haltestellen geringhält bzw. reduziert auf bestehenden Linien. Da wäre es schwierig, Vororte von Emden einzubinden. Sinnvoller wäre es bei den bestehenden Buslinien einfach die Abfahrtszeiten zu verstetigen

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

(immer zur vollen Stunde z.B.). Bei der Verbindung Aurich-Leer habe sich gezeigt, dass alleine eine Verstärkung der Abfahrtszeiten eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen bewirkt habe.

Herr Verlee fragt, wie hoch die Kosten für die Stadt Emden seien.

Herr Rachner schätzt, dass man ca. 2/3 der anfallenden Kosten selbst tragen müsste, was aber nur ein sehr grober Richtwert sei. Zudem teile man sich die Betriebskosten mit den anderen Kreisen/ Städten.

Im zweiten Teil des Vortrages stellt Herr Rachner die Überlegungen des VEJ zu Elektrobussen vor. Man habe eine Studie zum Betrieb von Elektrobussen gemacht und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass diese wirtschaftlich betrieben werden können. Innerhalb von Städten seien Elektrobusse auch bereits ein etabliertes Konzept, wobei es noch wenig Erfahrung bei Überlandbussen gäbe, die elektrisch betrieben werden. Demnach ist eine touristische Buslinie entlang der Norddeutschen Küste geplant, die in Emden starten würde.

Herr Poppenga ergänzt dazu die Informationen, dass im neuen Emdener Nahverkehrssystem die Elektromobilität eine gute Chance auf Kleinbuslinien habe. Wenn man Planungssicherheit nach dem anhängigen Rechtsstreit habe, könne man mit dem neuen Anbieter dann über die Fahrzeugflotte diskutieren. Er berichtet, dass vor E-Mobilität insgesamt als Chance wahrgenommen wird, zudem die Technik sich in den letzten Jahren stark weiterentwickelt hätte, wobei E-Busse vor allem im Bereich Mini- und Midi-Busse interessant ist. Aus seiner Sicht sei die Förderrichtlinie für E-Busse allerdings auch noch unzureichend und man würde sich Förderquoten wie bei E-Autos wünschen.

Herr Wildeboer fragt, ob man auf der E-Tourismuslinie auch Fahrräder mitnehmen könnte.

Herr Rachner führt aus, dass dies grundsätzlich immer etwas schwierig sei aus Platzgründen in den Bussen. Außerdem sei das auch häufig nicht mehr notwendig, weil viele Menschen mit Pedalacs keinen Bedarf mehr an den ÖPNV haben, sondern selbst große Distanzen zurücklegen können. Für Touristen gäbe es mittlerweile ein sehr ausführliches Angebot von Fahrradverleihstationen, sodass auch da kaum Nachfrage nach Transportmöglichkeiten bestehen würde.

Frau Eilers fragt, ob man sogenannte LNG-Busse (Flüssigerdgas) auch als Alternative in Erwägung gezogen habe, auch im Hinblick auf den CO₂-Wert des Strommix.

Herr Poppenga erläutert, dass man das auch geprüft habe, aber mit negativem Ergebnis. Natürlich mache E-Mobilität nur Sinn, wenn der Strom überwiegend aus regenerativen Quellen kommt.

Herr Verlee fragt, ob der Strom über die SWE zu einem günstigeren Preis bezogen wird und das Konzept auch daher wirtschaftlich tragfähig sei.

Herr Poppenga bestätigt, dass man als Tochtergesellschaft der Stadtwerke da auch Strom zu einem günstigeren Tarif beziehen würde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Fällung von Bäumen und Überschlickung des sog. "Bracklos Anwass" westlich

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

der Petkumer Muhde;
- Anfrage der FDP-Fraktion vom 14.02.2017
Vorlage: 17/0234

Herr Claaßen führt in Vertretung von Frau Eilers kurz in die Thematik ein. Der Antrag der FDP-Fraktion ersucht eine Erläuterung zu der Tatsache, dass an der Feldstraße in Widdelswehr Bäume gefällt wurden, um Kiebitzen und anderen Wasservögeln Räume zum Brüten anzubieten, während man gleichzeitig das „Bracklos Anwass“ überspült und somit verschlickt.

Herr Wildeboer merkt an, dass auch die Wegnahme der Weiden einen massiven Eingriff in die Natur dargestellt hat.

Herr Buisker fügt dem hinzu, dass es tatsächlich widersinnig erscheint, wenn man zum Artenschutz Bäume fällen würde.

Herr Wildeboer bittet darum, dass zumindest die Reste der Bäume zügig entfernt werden, um dies nicht in der Brutzeit der Kiebitze tun zu müssen was eine Ansiedlung gefährden würde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Interkommunales Gewerbegebiet;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.02.2017
Vorlage: 17/0239

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

TOP 14 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Kinzel führt aus, dass es eine Anfrage der Telekom gäbe zum Abbau von zwei Telefonzellen in Emden. Es gibt eine Vereinbarung mit der Telekom, dass diese Telefonzellen entfernen darf, wenn diese über einen längeren Zeitraum weniger als 50 € pro Monat erwirtschaften würden. Dies sei bei den zwei Telefonzellen deutlich unterschritten mit jeweils 15€ und 20€ pro Monat.

Es wird einstimmig zugestimmt, die beiden Telefonzellen für den Abbau freizugeben und dies entsprechend an die Telekom zu kommunizieren.

TOP 15 Anfragen

Keine

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.